

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Riefaer Tageblatt  
Grenzstr. 10.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Riefa.

Postfachkonto: Dresden 1580  
Grenzstr. Riefa Nr. 12.

Nr. 288.

Dienstag, 12. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Feiertage. Sonntagspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Daten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 60 Pfennig (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Raten zahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Grenzstr. 10. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Zur Kanzler-Rede.

Im Rahmen der staatspolitischen Vortragsreisen, die die Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltet, hielt bekanntlich Reichskanzler Dr. Marx am Sonntag abend in Offen eine Rede, die doch immerhin in mancher Hinsicht bemerkenswert ist. Reichskanzler Dr. Marx erkennt es recht deutlich, daß die Vollstreckung der Waffen neben Wägen und viele Schattenseiten mit sich bringt. Gewiß es wird wenige Politiker geben, die es nicht begründen würden, wenn die Einigkeit des deutschen Volkes doch noch kommen sollte. Aber diese Einigkeit wäre doch recht wertlos, wenn sie nur durch den Verzicht einer Meinungsäußerung der Opposition erkauft würde. Die Einigkeit eines Volkes ist nicht an die Voraussetzung gebunden, daß Meinungsunterschiede verschwinden. Sie liegt vielmehr in der gemeinsamen Erkenntnis eines gemeinsamen Zieles. Das gemeinsame Ziel, das dem deutschen Volk vorsteht, ist durch die traurige Lage Deutschlands gegeben. Wenn wir als dieses Ziel der Wiederherstellung des Reiches, die Entlassung des Volkes, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität erkennen, so stellen wir uns gleichzeitig damit eine gewisse Einigkeit des deutschen Volkes fest. Nur über die Wege, die sich diesem Ziel nähern, ist man im Ober- und Untertage. Aber vielleicht ist gerade das Temperament, die Leidenschaftlichkeit, mit denen dieser Kampf der Ansichten durchgeführt wird, ein Heil und Brennpunkt des Zieles, das erreicht werden muß, im Herzen des gesamten Volkes lodert. Der Körper des deutschen Volkes ist krank, wundgeschlagen und geschwächt durch Entbehrungen und Leiden. So muß auch das Aufstehen dieses Körpers als das Bewertete werden, was es ist, als ein Symptom dieser Krankheit. Diese Krankheitssymptome können allerdings gemildert werden. Und wir begrüßen es, daß Herr Reichskanzler Dr. Marx an dieser Erkenntnis nicht vorbeigeht. Gesündigt wird rechts und links. Und es wäre schon viel gewonnen, wenn Herr Reichskanzler Dr. Marx sich der Erkenntnis nicht verschließen würde, daß die Rede von Unfs, die Unzulänglichkeit, die man dort in so trauerform Andersdenkenden gegenüber findet, mindestens ebenso wenig für die Befriedigung des deutschen Volkes beiträgt, wie die Leidenschaft, mit der im anderen Lager der Kampf geführt wird.

Die letzten Monate haben es ergeben, daß der politische Meinungsstand in Deutschland in der Hauptfrage keine Kraft aus der verschiedenartigen Beurteilung steht, die das deutsche Volk den außenpolitischen Handlungen der Reichsregierung der letzten Zeit widmet. Die einen halten die Verhandlung mit dem Erbfeind in diesem Augenblick für möglich, die anderen sind überzeugt, daß solche Hoffnungen auf Grund der Mentalität des französischen Volkes scheitern müssen. Herr Dr. Marx steht im Lager der Optimisten. Er sagt: „Die Aera der Diktate, der Ultimaten, der Drohungen haben wir ein für allemal überwunden. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes geworden, der seinen Unterschied kennt zwischen Siegern und Besiegten.“ Warum diese Feststellung des Reichskanzlers uns befremdlich dünkt? Doppelt erstaunlich, unbegreiflich? Weil er wenige Sätze nach dieser Behauptung sich zu der Feststellung findet, daß „solange Deutschland Gebiet noch von fremden Truppen besetzt ist, immer die Gefahr besteht, daß es zu Konflikten zwischen Besatzung und Bevölkerung komme.“ Also aus der Aera der Diktate der Ultimaten und Drohungen sind wir heraus, Sieger und Besiegte gibt es nicht mehr. Aber im deutschen Rheinland (später Balanette einer Fremdmacht der deutschen Souveränität. Zwei Feststellungen in einer Rede. Während die erstere eine deutsche Annahme ist, so ist die letzte eine bittere reale Tatsache. Wer an ihr vorbeigeht kann, ist zu beneiden. Wir möchten uns vollstem Herzen Optimist sein, denn der Optimismus und die Skepsis sind mirkeine Eigenschaften die glücklich machen. Aber schlimmer als ein bodenloser Optimismus als die unbefehrbare Skepsis, unerträglich, niederschmetternd ist jede Enttäuschung. Und die Enttäuschung ist das Kind des Optimismus. Wird Herr Reichskanzler Dr. Marx verstehen können, warum so große Teile des deutschen Volkes nicht Optimist sein wollen?

## Mussolinis Stimmeforgen.

Die Beziehungen Jugoslawiens zu Italien haben sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Man macht in Rom der Politik des Nachbarstaates zum Vorwurf, daß sie die angebliche Verständigungspolitik Italiens nicht mit der gleichen Aufrichtigkeit erwidere. Durch diese Verständigungspolitik hoffte man in Rom insbesondere für die wirtschaftliche Zukunft des Hafens von Fiume recht Günstiges zu erzielen. So gab man sich sehr stark der Hoffnung hin, daß der Hafen von Fiume nach einer jugoslawischen Verständigung auf eine neue Belebung durch Ungarn rechnen könne. Nun ist es, den Dingen in Rom aber nicht verstanden, daß die Politik der Verständigung sehr eingehende Verhandlungen mit Budapest aufgenommen hat, um dessen Verkehr, überhaupt den gesamten ungarischen Export nach Spalato zu sichern. Dieser Wunsch sei in Jugoslawien so stark, daß Rintischich sogar bereit sei, Ungarn in Spalato eine Freihandzone zu gewähren. Würden diese Verhandlungen sich verwirklichen lassen, so würde diese Regelung, wie sie oben geschildert ist, sich unbedingt auf die wirtschaftliche Bedeutung des Hafens von Fiume nachteilig bemerkbar machen. Deshalb eben die Aufregung in Rom, die auseinander nicht gerade im Abseinen bearbeitet ist.

## Hohenzollerndebatte mit Lärm, Schlägerei und Wasser.

### Stimmungsbild aus dem Preussischen Landtag.

12. Berlin. Der Preussische Landtag erlebte am Montag eine der stärksten Sitzungen seines ganzen bisherigen Bestehens.

Zur ersten Beratung lag die „Hohenzollerndebatte“, der Besetzung über die Vermögensänderungsänderung zwischen dem preussischen Staat und dem vormals regierenden Königslande vor. Um das rein Sachliche vorweg zu nehmen: Die Annahme dieses Vergleichs im Preussischen Landtag ist gesichert. Von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten wird sie durch ein glattes Ja ermöglicht werden; die Sozialdemokraten werden sich, wie sie durch den Abg. Heilmann verkündet haben, der Stimme enthalten. Sie sehen zwar die Vorlage grundsätzlich als für die Interessen der Republik und der Staatskasse unbedeutend und untragbar an, verweisen aber darauf, daß Ende des Jahres das Spargesetz abläuft, das es den Hohenzollern unmöglich macht, ihre Ansprache auf dem Reichsweg geltend zu machen und glauben, daß durch die Befreiung dieses Reichsweges größere Schädigungen zu befürchten seien als durch den Vergleich. Die Deutschnationalen liegen durch ihren Vorsitzenden, D. Winkler, ihre Verurteilung darüber auszusprechen, daß durch weiteres Entgegenkommen des Königslandes die gegenwärtige Vorlage ermöglicht wäre und erklärten sich bereit, am Zustandekommen des Vergleichs mitzuwirken. Für die Deutsche Volkspartei sprach Dr. Leibig von einem befreienden Resultat für beide Teile, dem man zustimmen werde. Die übrigen Parteien verhielten sich, das Wort zu nehmen.

Wenn es trotzdem mehr als fünf Stunden dauerte, die Präsidenten des Landtages die erste Beratung für beendet erklären und die Vorlage nach den dazu geschickten kommunikativen Anträgen auf völlige Entziehung der Hohenzollern- und Landesverwaltung der Wälder dieser Provinz dem Hauptauschuss überweisen konnte, so nur, weil die kommunikativen Diskussionen bis zum letzten trieben. Gleich zu Beginn der Sitzung, als Finanzminister Dr. Höpfer-Alhoff zur Begründung des Vergleichs das Wort erhalten hatte, setzte ein tumultuöser Lärm auf der Tribüne ein. Es nützte nichts, daß Präsident Bartels sofortige Ruhe forderte und erklärte, daß die Stimmen der Kommunisten, fast muntergültig im Chor geführt, waren lauter. Es herrschte Verwirrung wegen der Finanzminister. Die unumgänglichen Wortkombinationen und gemeinen Ausdrücke durchliefen das „Hohenzollern“.

Schließlich blieb dem Präsidenten nichts übrig, als durch Verlesen seines Stuhles anzukündigen, daß die Sitzung unterbrochen sei. Nach Wiedereröffnung waren auch die kommunikativen Schreier wieder da. Der Finanzminister blieb fast unverändert. Als der kommunikativen Hauptredner zur Materie, Bartels-Freud, seine Rede mit den Worten „Verzeihung Hohenzollernfreunde“ begann, leerte sich der Saal. Nur auf den dicht besetzten Tribünen ätzte die

Erregung über diese Art parlamentarischer Geschäftsführung noch nach. Nach einer kurzen „Ausehnung“ gingen die Kommunisten zu neuen Mitteln vor. Abermals Lärm und wilde Schimpereien, — mehrere Ordnungsrufer und schließlich Ausschluß eines Kommunisten die Leitung dafür, daß sogar die im Parlament auch nicht mehr neuen Wasserleitungen angewandt wurden: Ein auf geschicktes Glas Wasser wollte ein Kommunist über die Deutschnationalen ergießen; er trat aber den völlig ungeschickten Stenographen. Zum Schluss gab es eine kleine Prügelei. Der Kommunist Hoffmann war in Meinungsverschiedenheiten mit dem Sozialdemokraten Klotz geraten und verfuhr seine Dialektik durch Fußtritte zu unterstützen. Andere sprangen dazwischen.

Um 6 Uhr war alles erledigt. Alle kommunikativen Diskussionen waren abgemittelt; die gegen fast jeden Wälder eingehenden kommunikativen Wälderanträge hatten noch der Abweisung.

Die Hohenzollerndebatte aber steht heute zur zweiten Beratung.

### Die kommunikativen Reichstagsfraktion zur Hohenzollerndebatte.

12. Berlin. Die kommunikativen Reichstagsfraktion hat wegen der Verhandlungen der preussischen Regierung mit dem Hohenzollernlande erneut die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie hat eine Interpellation über die Rückfrage eingereicht, die sich insbesondere mit der Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland befaßt. Die Interpellation fragt an, ob die Reichsregierung dem preussischen Vertrag mit dem Hohenzollernlande billigt, und ob sie mit der geplanten Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland einverstanden ist und, endlich, ob die Reichsregierung bereit ist, ihre Stellungnahme im Reichstag bekanntzugeben. — In einem besonderen Antrag verlangt die kommunikativen Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung aller ehemaligen Landesparlamente und ihrer Nachkommen aus dem deutschen Reichsgebiet.

### Die Demokraten und die Hohenzollerndebatte.

12. Berlin. Von demokratischer Seite wird mitgeteilt: In einem Berliner Montagblatt ist eine Mitteilung über die Stellung der preussischen Landtagsfraktion zum Hohenzollerndebatte enthalten, die grobe Irrtümer vertritt. Insbesondere entspricht es nicht den Tatsachen, daß das Zentrum sich erst an der Zustimmung entschieden hätte, nachdem die Demokraten vorausweise ihre Zustimmung beschlossen hätten. Wenn die Mitteilung ferner behauptet, daß sie dem Blatt aus Kreisen der demokratischen Fraktion des Preussischen Landtages zugegangen sei, so steht dem gegenüber die kategorische Versicherung aller Teilnehmer der Fraktionsführung, daß sie weder mittelbar noch unmittelbar dem Montagblatte Informationen gegeben haben.

## Eine Rundgebung der Deutschnationalen.

12. Dresden. Die Deutschnationale Volkspartei Ober-Sachsen hielt am Sonntag in Dresden eine Bezirksversammlung ab, in der folgende Rundgebung zur nächsten Politik gebilligt wurde:

„Die Deutschnationale Volkspartei verfolgt das Ziel der Sammlung aller nationalen Kräfte gegen den Sozialismus und wirtschaftsfeindlichen Marxismus. Sie sieht darin den einzigen Weg zur deutschen Wiedergeburt. Sie beharrt auf Scheitern der so hoffnungslos begonnenen, von Wirtschaft und Wehrverbänden geführten Verhandlungen um die nationale Einheitsfront in Sachsen. Diese Verhandlungen sind gescheitert, weil die Deutsche Volkspartei sich die Möglichkeit einer Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie offenhalten wollte, selbst für den Fall, daß die Verhandlungen für den Landtag eine bürgerliche Mehrheit erbrächten. Diese Feststellung vor der Öffentlichkeit muß leider erfolgen, nachdem führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei die Schuld am Scheitern der Einheitsfront der Deutschnationalen Volkspartei zugeschoben haben. Die Deutschnationale Volkspartei wird nach wie vor für eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte einstehen und in der Zustimmung aller Kräfte gewillt, die mit ihr in der anti-marxistischen Front für die Landtagswahl das Gebot der Stunde erkannt haben.“

Zur Reichspolitik nahm die Parteivertretung mit folgenden Entschlossenheit Stellung:

„Die Parteivertretung muß sich zu ihrem Verhalten in einer Zeit, wo allein die politische Bekämpfung der Sozialdemokratie für alle bürgerlichen Parteien Pflicht sein sollte, mit den schweren Angriffen des Herrn Dr. Stresemann auf dem Parteitag in Köln auseinandersetzen. In Köln hat der Parteipolitiker gesprochen, der eine Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen nicht will, weil er die Ehre seiner Politik vorwiegend in der nationalen Sozialdemokratie sucht und findet. Was in Köln als Erfolg der deutschen Außenpolitik seit 1923 verkündet worden ist, heißt sich bei Unzufriedenheit der Bevölkerung dar, als ein Abweg, der das deutsche Volk über den Versaillesvertrag hinaus von Döner zu Döner geführt hat, ohne damit für Deutschland irgendeine Erleichterung gegenüber den Bestimmungen des Versailler Vertrags zu bringen. Die unter dem Schlagwort „Erklärung“ begonnene und heute unter dem neuen Schlagwort „Verständigung“ fortgesetzte

führte Politik setzt an die Stelle des erzwungenen Tributs die freiwillige Leistung und untergräbt die Grundlagen der deutschen Freiheit. Denn sie bedroht das innere Gefüge und die Schlagkraft der deutschen Reichswehr, zerstört die Lebensmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft und vernichtet jede Hoffnung auf eine Wiedergewinnung der geraubten Gebiete im Osten. Die einseitige Einbeziehung auf Frankreich hat nicht die angeforderte Befriedigung Europas, sondern neue Mächte, gruppierungen gegen Deutschland zur Folge gehabt. Und die Kernfrage jeder deutschen Politik, die Kriegsschuldfrage, bleibt rettungslos zu verstanden.“

## Der Septemberbericht des Reparationsagenten.

12. Berlin. Im ersten Monat des dritten Annuitätsjahres hat Deutschland nach dem Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen rund 84 985 000 Goldmark geleistet. Frankreich erhält 35,4, England 15,08, Italien 5,08 und Belgien 6,6 Millionen Goldmark. Der Restbestand am 30. September weist rund 94 281 000 Goldmark auf.

## General Heyes Amtsantritt.

Berlin. (Funknachricht.) Der neuernannte Chef der Heeresleitung dürfte sein Amt gegen Ende Oktober antreten. General Heyes befand sich auf einer Urlaubsreise, als er die Nachricht von seiner Ernennung erhielt.

## Der Reichspräsident an Frau v. Oeringen.

12. Berlin. Anlässlich des Ablebens des vorormaligen preussischen Kriegsministers, Generaloberst von Oeringen, hat der Reichspräsident der Witwe des Gutschlägen in einem herzlich gehaltenen Schreiben seine Teilnahme ausgesprochen.

## Weitere Beförderungen in der Reichswehr.

12. Berlin. Mit dem 1. Oktober sind befördert: Generalleutnant v. Bohberg, Kommandeur des Gruppenkommandos I in Berlin, zum General der Infanterie; Generalmajor Freiherr v. Fortner, Infanterieführer der 6. Division in Hannover, zum Generalleutnant, und Oberst v. Stibungel, Infanterieführer der 5. Division in Stuttgart, zum Generalmajor.